

Gesetzblatt

für die Freie Stadt Danzig

Nr. 75

Ausgegeben Danzig, den 27. September

1934

Inhalt: Achte Verordnung zur Abänderung der Verordnung zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 22. September 1934 S. 707
 Verordnung betreffend Verlängerung der Geltungsdauer bestehender Tarifverträge S. 707

Achte Verordnung

zur Abänderung der Verordnung zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 22. September 1933.

Vom 19. September 1934.

Auf Grund des § 1 Ziff. 61 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artikel I

Die Verordnung zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 22. September 1933 (G. Bl. S. 444) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1934 (G. Bl. S. 499) und die Abänderung vom 18. September 1934 (G. Bl. S. 703) wird wie folgt geändert:

§ 25 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die erste Teilzahlung erfolgt an dem auf die Beendigung des Verfahrens (§ 34) folgenden Fälligkeitstermin, jedoch nicht vor dem 1. April 1935.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung und der Maßgabe in Kraft, daß, soweit Zahlungen auf Grund der bisherigen Fassung des § 25 Abs. 1 Satz 2 erfolgt sind, die nächste Zahlung am 1. April 1935 zu bewirken ist.

Danzig, den 19. September 1934.

Der Senat der Freien Stadt Danzig
 Greiser Dr. Hoppenrath

Verordnung

betreffend Verlängerung der Geltungsdauer bestehender Tarifverträge.

Vom 25. September 1934.

Auf Grund des § 1 Ziff. 23, 72 bis 74, 77, 79 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird, zugleich unter Abänderung des § 68 der Verordnung zur Ordnung der Arbeit vom 8. Mai 1934 (G. Bl. S. 303) in der Fassung vom 4. Juni 1934 (G. Bl. S. 447), folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artikel I

(1) Alle Gesamtvereinbarungen, die am Tage der Verkündung dieser Verordnung Geltung haben oder tatsächlich angewendet werden, sind bis auf weiteres rechtsverbindlich. Allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge gelten im Umfange der bisherigen allgemeinen Verbindlichkeit weiter.

(2) Für seinen Zuständigkeitsbereich ist der Treuhänder der Arbeit (Zweiter Abschnitt des Arbeitsverordnungs-gesetzes) befugt, an den nach Abs. 1 geltenden Gesamtvereinbarungen Änderungen vorzunehmen oder sie aufzuheben.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Danzig, den 25. September 1934.

Der Senat der Freien Stadt Danzig
 Greiser Dr. Wiercinski-Reiser

(Ächter Tag nach Ablauf des Ausgabetales: 5. 10. 1934.)

Schriftleitung: Geschäftsstelle des Gesetzblattes und Staatsanzeigers. — Druck von A. Schroth in Danzig.